

Europawahl

An dieser Stelle möchten wir die Gelegenheit nutzen, um uns bei Ihnen allen für Ihren unermüdlichen und engagierten Einsatz zu danken. Wir haben ein traumhaftes Ergebnis von 11% erreicht, das ist nicht zuletzt Ihr Verdienst!

In ganz Niedersachsen haben wir dazugewonnen und mehr Wähler für ein liberales Europa und unsere Kandidaten vor Ort begeistern können. Ganz besonders erwähnen möchten wir die Landkreise **Oldenburg (14,7%), Ammerland (14,6 %)** und **Diepholz (14,3 %)**, die mit ihren tollen Ergebnissen weit über dem Bundesdurchschnitt liegen. Dieser Erfolg gibt uns doch die nötige Motivation, um tatkräftig in den Bundestagswahlkampf zu starten. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Wahlkampf!



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

das ganze Land blau-gelb? Vielleicht nicht ganz, aber schwarz-gelb allemal. Die Bundespräsidentenwahl und die Europawahl waren zwei eindrucksvolle Belege für die derzeitige Achse der Republik.

Nun ist die Wahl des Bundespräsidenten sicher nicht in die Reihe anderer Wahlen einzureihen, eins zeigt sich dennoch: Die Zusammensetzung der Bundesversammlung spiegelt die jüngsten Wahlergebnisse im Bund sowie in allen Ländern wider. Die Bürgerinnen und Bürger haben letztlich die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung herbeigeführt. Und diese Mehrheit ist bürgerlich.

Auch die Europawahl hat eindrucksvoll bewiesen: Die Mehrheit der Bevölkerung will CDU und FDP. Unser Ergebnis von 10,2 % in Niedersachsen bestätigt uns in unserer Arbeit – allen voran die unserer Spitzenkandidatin Gesine Meißner. Wir haben im Vergleich zur Europawahl 2004 100.000 Wähler hinzugewonnen, von 150.000 auf 250.000. Auch im Vergleich zur erfolgreichen Landtagswahl 2008 gewannen wir 2%-Punkte hinzu, ohne dass ein taktisches Wählen mit Erst- und Zweitstimme möglich war.

Die Erwartungen im Herbst bei der Bundestagswahl sind groß. Wir sind gut aufgestellt. Mit Carl-Ludwig Thiele haben wir einen erfahrenen Finanzexperten an der Spitze unserer Landesliste. Programmatisch haben wir auf dem Bundesparteitag in Hannover mit dem verabschiedeten Wahlprogramm eine solide Basis gelegt, auf der wir ab September Deutschland gestalten wollen. Unsere Chancen sind gut. Siegesicherheit ist trotzdem fehl am Platze. Eine gesunde Bodenhaftung kann nicht schaden.

Ihr
Oliver Liersch
Dr. Oliver Liersch
Generalsekretär

Abschied von Wim Schuth

Der Landesverband möchte sich an dieser Stelle vom langjährigen Europaabgeordneten Wim Schuth verabschieden und ihm für die gute Zusammenarbeit danken. Der gebürtige Niederländer Schuth scheidet zum 13. Juli 2009 aus dem Europäischen Parlament aus. Seine Nachfolge wird Gesine Meißner antreten.

Daher sagen wir abschließend:

**„Dank je wel, Wim“
und „Viel Erfolg, Gesine“!**



Inhalt:

- Björn Försterling: Schulgesetznovelle verabschiedet 2
- Vorstellung Almuth von Below-Neufeldt
- Hans-Michael Goldmann: Innovationen nutzen – Verbraucher informieren 2
- Dr. Claudia Winterstein: Schulden, Schulden, noch mehr Schulden
- Patrick Döring: Abwrackprämie und Mauterhöhung 3
- Dr. Philipp Rösler: Wachstumschancen der innovativen Luftfahrt
- Hans-Heinrich Sander: CCS-Technologie 4
- Gesine Meißner: Start in die nächsten 5 Jahre im Europäischen Parlament
- Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/ Rudolf von Bennigsen-Stiftung im ersten Halbjahr 2009
- VLK: Grundgesetz kein stabiler Faktor mehr? 5
- Liberaler Mittelstand: Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Walter Hirche
- Mittelstandspreis geht in die 4. Runde 6
- Liberale Senioren: Ältere Menschen fordern und fördern
- JuLis: Mit einer nachhaltigen Energiepolitik die Zukunft gestalten 7
- Liberale Frauen: Karrierechancen so aussichtsreich wie nie zuvor
- Vorstandswahlen FDP Grafschaft Bentheim
- Bundesparteitag: Kleine Oase inmitten der großen Politik. 8

Aus dem Landtag: Schulgesetznovelle im Juni-Plenum verabschiedet

Im letzten Plenum vor der Sommerpause haben die Fraktionen von FDP und CDU die in der Öffentlichkeit stark diskutierte Schulgesetznovelle verabschiedet. Die Novelle umfasst vor allem zwei Änderungen zur Weiterentwicklung der Schulstruktur: Zum einen eine stärkere Profilierung der Hauptschulen und Realschulen, um den Übergang in die Berufsausbildung oder gymnasiale Oberstufe zu erleichtern und zum anderen die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren auch an den Integrierten Gesamtschulen (IGS).

Profilierung der Hauptschulen und der Realschulen

Ein großes Problem der Hauptschulen war in der Vergangenheit die hohe Abbrecherquote. Durch das Hauptschulprofilierungsprogramm konnten wir in den letzten Jahren die Abbrecherquote deutlich senken. Diesen Weg wollen wir durch eine stärkere Berufsqualifizierung weiter ausbauen. Hierfür bietet sich zum Beispiel eine enge Kooperation zwischen Hauptschulen und Berufsbildenden Schulen an. An der KGS Neustadt wurde eine solche Zusammenarbeit bereits sehr erfolgreich erprobt. An den neuen Hauptschulen können na-

türlich nach wie vor alle Abschlüsse des Sekundarbereichs I erreicht werden. So ist auch die Durchlässigkeit zu anderen Abschlüssen gewährleistet.

Die Realschulen sollen in ihrer Funktion als Schnittstelle von Berufsorientierung und Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe stärker als bisher gefördert werden. Dies soll durch die Profilierung in der 9. und 10. Klasse erreicht werden. Die Jugendlichen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, entscheiden sich für ein berufliches Profil mit den Schwerpunkten Technik, Wirtschaft oder Soziales. Diejenigen, die das Abitur anstreben, entscheiden sich ab der 9. Klasse mit dem Fremdsprachenprofil für eine Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe. Auch hier bleibt die Durchlässigkeit gewährleistet. Alle Jugendlichen mit dem beruflichen Profil können einen erweiterten Sekundarabschluss I machen und im Anschluss zum Beispiel ein Fachgymnasium besuchen. Wir stärken damit die Realschule in ihrer Doppelfunktion und eröffnen den Weg zum Abitur nach 13 Jahren.

Abitur nach zwölf Jahren an der IGS

Mit der Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren an der IGS geben wir den Eltern noch mehr Wahlmöglichkeiten: Sie können für ihr Kind nun ein schnelles Abitur und einen integrierten Schulansatz wählen. Im Sekundarbereich I lernen die Kinder nach wie vor gemeinsam in einer Klasse, nur in den Fächern, in denen heute schon in A- und B-Kurse getrennt wird, kommt noch eine dritte Differenzierungsebene, der Z-Kurs, hinzu. Damit haben die Schülerinnen und Schüler, wie im gegliederten System auch, die Wahl, ob sie ein schnelles Abitur ablegen wollen oder, wie die Haupt- oder Realschüler im gegliederten System, den Weg über den Sekundarabschluss I gehen und damit das Abitur nach 13 Jahren ablegen möchten.

Björn Försterling MdL
Bildungspolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Almuth von Below-Neufeldt



Sehr geehrte liebe Parteifreunde,
ich rücke als Landtagsabgeordnete in den Nds. Landtag nach und freue mich sehr auf die neuen Aufgaben! Ich freue mich auch für Frau Gesine Meißner MdL, die nach dem erfolgreichen FDP-Wahlkampf ins EU-Parlament nach Brüssel geht – alles Gute für sie!
Gern stelle ich mich Ihnen vor:
Ich bin 1954 in Hamburg geboren und lebe mit meinem Mann in Braunschweig, Stadt der Wissenschaft und Forschung, Forschungsflughafen; starker Wirtschaftsstandort und Stadt mit alter und sehr lebendiger Kunst und Kultur.

Nach Abitur und Studium (Dipl. Ing. FH) arbeitete ich zunächst drei Jahre lang in der Industrie und begann 1981 mit meiner Tätigkeit bei der Nds. Gewerbeaufsichtsverwaltung. Ich nahm Aufgaben in Hamburg, Lüneburg, Hannover und Braunschweig wahr, war auch in drei nds. Ministerien und habe Lehrtätigkeiten wahrgenommen. Seit April 2002 bin ich Behördenleiterin im Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Göttingen. Nicht nur verwalten, auch und gerade gestalten sind mir in die-

ser Position sehr wichtig und möglich. Ich bin in einem Berufsverband (VDGAB) tätig.

Seit 2005 gehöre ich der FDP an. Ich bin im Kreisvorstand der FDP Braunschweig, bin Mitglied eines Stadtbezirksrates, gehöre drei Landesfachausschüssen und dem Bundesfachausschuss für Umwelt an. Den Liberalen Frauen trat ich 2009 bei, für den Liberalen Mittelstand engagiere ich mich ebenfalls. Ich bewege aktuelle Themen auf der Ortsebene und vertrete auch öffentlichkeitswirksam die liberale Haltung (z.B. beim Thema Stammzellenforschung), unterstütze Projekte (aktuell ein Projekt in Wöltingerode). Ich habe - auch wichtig im Pferdeland Niedersachsen! - den Liberalen Heideritt erstmalig 2007 initiiert, er findet zum dritten Mal am 10.10.09 beim Heidegut Eschede statt.

...und Zeit für meine Pferde bleibt mir auch, schön. Die Jagd übe ich nur noch selten aus, gern gehe ich aber mit meinen Hunden. Ich besuche Konzerte der Braunschweig Classix, habe ein Amt im Kunstverein WF und lese gern (meistens im Zug). Im Juni reise ich nach Osttirol zum Bergwandern (im Winter gehe ich dort Skifahren), im Juli dann mit der Alfred-Töpfer-Akademie nach Island. ...und gut erholt geht es dann auch in den wichtigen Bundestagswahlkampf, bei dem ich natürlich den Kandidaten Florian Bernschneider aus Braunschweig unterstütze!

Einen schönen Sommer und freundliche Grüße.

Almuth von Below-Neufeldt

Almuth von Below-Neufeldt
Seesener Straße 5
38124 Braunschweig

Aus dem Bundestag: Innovationen nutzen – Verbraucher informieren

Der Verbraucherschutz hat Aufwind und gewinnt von Tag zu Tag mehr an Bedeutung. Spätestens seit dem Beginn der Finanzkrise ist jedem Verbraucher, aber auch der Politik und Wirtschaft bewusst geworden, wie wichtig transparente und qualitativ gute Informationen und Auskünfte zu Produkten und Dienstleistungen für die Verbraucher sind. Der Verbraucherschutz betrifft alle Bereiche des täglichen Lebens und daher ist jeder einzelne Bürger auch immer Verbraucher.

Guter Verbraucherschutz kann nur dann realisiert werden, wenn Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen und auch die Verbraucher sich ihrer Rolle als Konsumenten bewusster werden.

Gerade der Bereich der Ernährungs- und Lebensmittelindustrie ist hierbei

ein besonders wichtiger, da gesunde und ausgewogene Ernährung die Voraussetzung für ein gesundes und zufriedenes Leben schafft.

Die Politik muss dabei aber auch sicherstellen, dass z.B. Innovationen in der Lebensmittelwirtschaft möglich sind, da Innovationen grundsätzlich die Grundlage für wirtschaftliche Weiterentwicklung schaffen. Doch ist hierbei Transparenz notwendig, damit die Verbraucher über die Produkte informiert sind, die sie kaufen. Produkte dürfen schlicht nicht falsch deklariert werden und Lebensmittel sollen das enthalten, was auf den Verpackungen vermerkt ist, wie im Falle des „Analog“- oder auch „Falsch“-Käse.

Immer mehr Bürger sind sensibilisiert für verbraucherpolitische Themen und machen Gebrauch von ihrem

Recht, nachzufragen und sich zu informieren. Genau diese mündigen und interessierten Verbraucher sind der Schlüssel für eine zukünftig erfolgreiche Verbraucherpolitik, in der unsere Verbraucher noch weiter gestärkt werden.

Die Verbraucherinformation kann auch ein Stützpfiler für die darobende Milchwirtschaft sein. Derzeit haben wir die Situation, dass die Verbraucher häufig gar nicht wissen, mit welchen Produkten sie faire Erzeugerpreise unterstützen.

Deshalb müssen die Verbraucher die Chance haben, zu erfahren, dass sie bei einem bestimmten Eisprodukt wirklich ein Milchspeiseeis und nicht etwa ein Eis ersteinen, dass zu 95% aus Kokosfett oder Palmöl besteht. Nur dann können sie eine ihrer Interessenlage entsprechende und wohl-



Hans-Michael Goldmann mit dem Generalsekretär des DBV, Dr. Born

überlegte Kaufentscheidung treffen. Denn Milch-Ersatzstoffe, wie eben pflanzliche Fette, haben mit dazu geführt, dass wir ein Überangebot von Milch auf dem Markt haben.

Doch bei allem Verständnis für den Unmut der Milchbauern, der Staat kann gegen das Überangebot nicht viel tun. Die Politik kann und sollte nicht Preise für landwirtschaftliche Produkte festlegen. Die Politik kann auch nicht die Lebensmittelproduzenten zwingen, wieder Milch statt Palmöl zu verwenden. Die Politik

kann aber dafür sorgen, dass die Verbraucher wissen, was sie kaufen und dass heimische Bauern faire Wettbewerbschancen haben. Deshalb ist der marktwirtschaftliche Kurs der FDP in der Landwirtschaft auch alternativlos: Die unternehmerischen Landwirte fit für den Markt machen und Benachteiligungen, wie beim Agrardiesel oder Fütterungsverbote in der Tierhaltung, abbauen, das ist das liberale Motto.

Hans-Michael Goldmann, MdB

Schulden, Schulden, noch mehr Schulden



Das ist die höchste Neuverschuldung seit Gründung der Bundesrepublik. Der Finanzminister wird damit zum größten Schuldenkönig aller Zeiten. Noch dazu zeigt dieser neue Nachtragshaushalt nur die hal-

Die schlechten Nachrichten für den Bundeshaushalt nehmen kein Ende. Lange hat die schwarz-rote Regierung die Realitäten geleugnet. Der im Dezember beschlossene Haushalt 2009 unterstellte ein Wachstum von 0,2 Prozent und war damals schon völlig unrealistisch. Der erste Nachtragshaushalt, im Februar beschlossen, ging von einem Wirtschaftsrückgang um 2,25 Prozent aus. Jetzt liegen die Prognosen bei minus 6 Prozent. Das ist die tiefste Rezession seit Gründung der Bundesrepublik. Der zweite Nachtragshaushalt für 2009, den der Finanzminister jetzt vorgelegt hat, treibt die Neuverschuldung auf 47,6 Milliarden Euro.

be Wahrheit. Tatsächlich wird der Finanzbedarf noch deutlich höher liegen. Denn weder der „Investitions- und Tilgungsfonds“ mit einem Kreditrahmen von 25,2 Mrd. Euro noch der Bankenrettungsfonds SOFFIN mit einem Kreditrahmen von 100 Mrd. Euro sind im Haushalt ausgewiesen. Tatsächlich müssen wir in diesem Jahr mit einer Neuverschuldung bis zu 90 Milliarden Euro rechnen. Bis Ende 2010 wird es noch dramatischer. Denn dann kann die Arbeitslosenversicherung ihr Defizit nicht mehr aus Rücklagen ausgleichen und braucht 19 Mrd. Euro aus dem Bundesetat. Im Gesundheitsfonds wird bis Ende 2010 mit einem De-

fizit von rund 13 Mrd. Euro gerechnet. Das ist eine schwere Hypothek. Während der Bundestag eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert, baut die Bundesregierung Schuldentürme. Hinzu kommen die Risiken aus dem 100-Milliarden-Gewährleistungsprogramm für Unternehmen. Wegen der Staatshilfen für Opel ist der Haushaltsausschuss des Bundestages bereits zweimal zu Sonder-sitzungen zusammengetreten. Über alle Bürgschaften von 300 Millionen Euro oder mehr, die aus dem „Wirtschaftsfonds Deutschland“ gewährt werden, muss der Haushaltsausschuss vorab unterrichtet werden. Die Sondersitzung des Haushaltsausschusses am Pfingstsonntag ermöglichte somit erst den Vertrag zur Herauslösung von Opel aus der Muttergesellschaft GM unmittelbar vor deren Gang in die Insolvenz. Ob der derzeitige Umgang mit Staatsbürgschaften für wankende Großunternehmen verantwortbar ist, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden. Die Auffanglösung für Opel bedeutet ein weiteres Risiko von 4,5 Milliarden Euro. In dieser Höhe sind insgesamt staatliche Bürgschaften von Bund und Ländern für die Treuhandgesellschaft vorgese-

hen. Wenn das Geschäftskonzept nicht aufgeht und die Bürgschaften fällig werden, ist es am Ende der Steuerzahler, der die Zeche zahlt. Das ist ein großes Risiko. Besorgniserregend aber ist vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der das Beispiel Schule macht. „Nun ist kein Halten mehr“ – das ist der Eindruck, den der Einstieg bei Opel hinterlässt. Fast 20 große Unternehmen spekulieren ebenfalls auf Staatshilfe. Wer groß genug ist und laut genug schreit, dem hilft der Staat? Das darf nicht die Lehre aus der Opelkrise sein. In die aktuellen Schuldenrekorde hat die Regierung sich selbst hinein-

manövriert. Sie hat die guten Jahre nicht genutzt. Über Jahre verfügte sie über sprudelnde Steuereinnahmen: Die Summe der Steuermehreinnahmen in dieser Legislaturperiode beläuft sich auf 140 Milliarden Euro. Aber statt den Haushalt zu konsolidieren, hat die Regierung die Ausgaben immer weiter gesteigert und damit den finanziellen Spielraum verbraucht. So steht sie jetzt mit leeren Händen da.

Dr. Claudia Winterstein MdB ■



Abwrackprämie und Mauterhöhung - falsche Signale überall

Falsche Signale werden gesetzt, soweit das Wirken der Bundesregierung reicht. Schon im Verlauf der Beratungen zur Erhöhung der Mittel für die Abwrackprämie ist klar geworden, dass der konjunkturelle Impuls gering und die Vorziehung- und Mitnahmeeffekte groß sind. Sie werden bis auf 75 Prozent geschätzt. Dennoch werden dort Milliarden-Geschenke der Großen Koalition verteilt, sodass weiter damit zu rechnen ist, dass es dieses Jahr den teuersten Wahlkampf aller Zeiten geben wird - finanziert auf Kosten der nächsten Generation. Ich warte bereits auf

neue Prämienforderungen im Automobilsektor, denn es ist so gut wie sicher, dass spätestens nächstes Jahr der Automarkt wieder stark einbricht. Die Wettbewerbsverzerrungen, die die Koalitionsfraktion jetzt verantworten, führen zu Arbeitsplatzverlusten im Gebrauchtwagenmarkt, im Werkstattbereich und anderen Branchen. Wer monatlich 300 Euro für die Finanzierung eines Autos ausgibt, trägt das Geld nicht mehr in die Innenstädte. Das macht sich beim Einzelhandel heute schon stark bemerkbar. Inzwischen ist auch bekannt geworden, dass viele der zu verschrottenden Autos verbotswidrig weiterverkauft werden. Kontrollen finden aber nicht statt. Legalisieren oder Kontrollieren sind die beiden sinnvollen Möglichkeiten. Inkonsequent handelt der Staat aber, wenn er Ver-

bote ausspricht und ein ihm bekanntes Zuwiderhandeln duldet. Demgegenüber hat die Mauterhöhung, die die Bundesregierung in die Krise hinein beschlossen hat, viele Betriebe des Transportgewerbes an den Rand des Abgrunds gebracht. Schon ein Belastungsmoratorium hätte dem Transportgewerbe eine Atempause verschafft. Stattdessen hat die Bundesregierung die Maut massiv erhöht, sodass der Durchschnittsmautsatz um circa 5 Cent gestiegen ist. Unternehmen mit vielen Euro 3-Lkw haben weitaus höhere Steigerungen bei den Mautausgaben. Wenn die Bundesregierung es als Erfolg feiert, dass sie trotz eines Mautkilometerrückgangs um 18 Prozent die Mauteinnahmen um 25 Prozent gesteigert hat, dann zeigt dies, wie weit weg die Bundesregierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ist und wie wenig sie tut für diejenigen, deren Arbeitsplätze jetzt gefährdet sind. Für die akute Gefährdung dieser 50.000 bis 80.000 Arbeitsplätze, oft in kleinen und mittelständischen Betrieben, trägt die Bundesregierung Verant-

wortung. Das Transportgewerbe wird nur noch als Goldesel der Nation verstanden. Man muss feststellen, dass die Bundesregierung wieder kleine und mittelständische Unternehmen in den Ruin treibt, während Großunternehmen für ihre Managementfehler der letzten Jahre mit Staatshilfen belohnt werden. Die richtigen Weichenstellungen nimmt derzeit der neue Bahnchef, Dr. Rüdiger Grube, vor: Schon wenige Tage nach seinem Dienstantritt

kam er in den Verkehrsausschuss des Bundestages und berichtete auch danach über die Datenaffäre. Aus meiner Sicht werden mit der Neubesetzung wesentlicher Vorstandspositionen die richtigen Konsequenzen aus der Affäre gezogen. Es ist wichtig, dass wieder eine Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen wird. Bei der Bahn sieht derzeit alles nach einem Neuanfang aus.

Patrick Döring MdB ■



Aus dem Wirtschaftsministerium: „Wachstumschancen der innovativen Luftfahrt für Niedersachsen nutzen“



Die meisten Menschen reden „**D**immer von Conti und Volkswagen, wenn es um Niedersachsens Wirtschaft geht. Was aber nur wenige wissen ist, dass wir in Deutschland zu den Spitzenstandorten der Luftfahrtbranche gehören. Von der Entwurfsplanung bis zur Fertigung haben wir hier die gesamte Produktionskette vertreten.“ Mit diesen Worten gab Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler vor über 300 Gästen aus Industrie, Forschung und Verwaltung im Businessbereich der AWD Arena in Hannover den Startschuss für „Niedersachsen Aviation“, Niedersachsens neuer Luft- und Raumfahrtinitiative. Mit ihr soll die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit des Luft- und Raumfahrtstandortes Niedersachsen weiter gestärkt werden. Schon heute zählt Niedersachsen mit 260 Unternehmen und über 30.000 Arbeitsplätzen aus Industrie, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung zu den Spitzenstandorten in ganz Deutschland. „Wir haben hier hervorragende Voraussetzungen, unsere Position auf diesem Zukunftsmarkt weiter

zu stärken“, so Dr. Philipp Rösler auf der Veranstaltung. „Niedersachsen Aviation soll hier koordinieren und verknüpfen. Funktionierende Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Voraussetzungen für Innovationsdynamik und ökonomischen Erfolg. Die Herausforderungen der Luftfahrt, wie rasantes Wachstum, gestiegenes Umwelt und Energiebewusstsein und der erhöhte Konkurrenzdruck, können nur auf der Basis einer ganzheitlichen und systematischen Betrachtungsweise unter Einbindung aller Partner gelöst werden. Das wird künftig die Kernaufgabe von Niedersachsen Aviation sein.“ Laut Rösler bietet Niedersachsen etwa große Kompetenzen bei dem so genannten kohlenstofffaserverstärkten Kunststoff (CFK), einem Leichtbauwerkstoff, der hilft, viel Gewicht bei der Konstruktion von Flugzeugen zu sparen. „Wir gehören mit dem CFK-Valley und dem neuen Forschungszentrum CFK Nord zu den führenden CFK-Standorten.“ Das



Land unterstützt das Forschungszentrum CFK Nord, das Mitte 2010 seine Arbeit aufnimmt, mit 65 Mio. Euro.

Dabei sticht für Rösler vor allem der branchenübergreifende Aspekt bei der Gründung von Niedersachsen Aviation mit der Luftfahrt als Innovationsmotor heraus. Er biete hervorragende Synergiepotenziale auch zur Stärkung anderer Branchen der Mobilitätswirtschaft in Niedersachsen. Rösler verwies darauf, dass je schwerer ein Bauteil oder ein Produkt sei, desto nachhaltiger der Anwender von dem Leichtigkeitsvorteil des Werkstoffs CFK profitieren könne: „Das birgt auch große Potenziale für den Fahrzeugbau für Straße, Schiene, Wasser oder auch die Windenergieanlagen.“

**Dr. Philipp Rösler MdL
Niedersächsischer Minister
für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr**

Aus dem Umweltministerium: CCS-Technologie

Zuverlässige, bezahlbare und klimaverträgliche Energie werden wir auch künftig nur durch einen breit aufgestellten Energiemix sicherstellen können. Das heißt: moderne konventionelle Kohlekraftwerke, Ausbau von erneuerbaren Energien, Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, deutliche Verbesserungen der Energieeffizienz

sowie die stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung der neuen Energietechnologien. Anstatt Kohlekraftwerke als Klimakiller zu diffamieren und die Kohleverstromung zu verteufeln, müssen Lösungen gesucht werden, die Kohle möglichst klimaverträglich einzusetzen. Einen vielversprechenden Ansatz hierfür bietet die sog. CCS-

Technologie (Carbon Capture and Storage), die einen wichtigen Beitrag leisten könnte, um Klimaschutz und sichere Energieversorgung in Einklang zu bringen. Bei dieser Technologie wird das bei der Verbrennung fossiler Energieträger anfallende Kohlendioxid abgetrennt und durch die Speicherung im Untergrund dauerhaft von der Atmosphäre ferngehalten. CCS bietet die Chance, die CO₂-Emissionen bei der Verstromung weitgehend auszugleichen. Auf der anderen Seite sinkt durch die zusätzlichen technischen Prozesse die Effizienz der Kraftwerke nicht unerheblich. Die CCS-Technologie befindet sich allerdings noch in einer Forschungs- und Entwicklungsphase. Vor der Einführung dieser Technologien sind verschiedene offene Fragen zu klären. Dies betrifft insbesondere die Sicherheit der CO₂-Speicherung, die Akzeptanz von Transportleitungen und Lagerstätten, die Höhe der Kosten für die Anlagenbetreiber und das Ausmaß der im Verfahren ent-



stehenden Energieverluste. Die Politik ist nun gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die offenen Fragen durch Forschung, Entwicklung und Demonstration geklärt werden können und sich gegebenenfalls die CCS-Technologie zu einer technischen und wirtschaftlichen Option zum Klimaschutz entwickeln kann. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Europäische Union Finanzmittel für CCS-Demonstrationsvorhaben bereitgestellt hat. Zudem bedarf es eines nationalen

Rechtsrahmens – also eines CCS-Gesetzes. Denn: Die Industrie benötigt Rechtssicherheit. Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang die CCS-Technologie schließlich eingesetzt wird, muss jedoch bei den Unternehmen bleiben. Das heißt in der Konsequenz: Das betriebswirtschaftliche Risiko ist von der Industrie und den Energieversorgern zu tragen.

**Hans-Heinrich Sander
Niedersächsischer Minister
für Umwelt und Klimaschutz**





Start in die nächsten fünf Jahre im Europäischen Parlament



Während ich diesen Artikel schreibe, steht die Wahl zum Europäischen Parlament noch bevor. Wenn Sie ihn lesen, wissen wir bereits, ob wir unsere Prognose aus den Umfragen erreichen konnten und mit wie vielen Abgeordneten die FDP die nächste Legislaturperiode bestreiten wird. Ich gehe zum

jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass wir uns deutlich verbessern und das wäre gut für die europäische Politik! Unsere sieben MdEP's haben in den letzten fünf Jahren Zeichen gesetzt, und auch bis 2014 gibt es viel zu tun: In erster Linie gilt es, Transparenz in die Finanzmärkte zu bringen, Strukturen für die Bankenaufsicht zu vereinbaren und dem Binnenmarkt die richtigen neuen Impulse zu geben. Wir werden uns stark machen für Bürokratieabbau nach niedersächsischem Vorbild und Gesetze mit Verfallsdatum einführen. Auch im Umweltschutz ist der Slogan unseres Ministers Hans-Heinrich Sander „Umweltschutz mit

den Menschen“ richtungsweisend. Bei der Verbraucherpolitik setzen wir auf Aufklärung statt Bevormundung und wollen daher weder akzeptieren, dass bei der Ökodesignrichtlinie nach dem Glühbirnenverbot weitere Produkte aus den Ladenregalen verschwinden, noch die Lebensmittelampel hinnehmen. Der Jade-Weser-Port mit Hinterlandanbindung wird den Standort Niedersachsen stärken. Für unsere Landwirte müssen Wettbewerbsverzerrungen kontinuierlich abgebaut werden und in der Sozialpolitik werde ich darauf achten, dass im Interesse gezielter Hilfen vor Ort die Subsidiarität beachtet wird.

Mir ist es besonders wichtig, unser Motto „Stark vor Ort“ mit Leben zu füllen: Was auf europäischer Ebene aktuell diskutiert wird, muss jeweils auch bei uns vor Ort Thema sein. Ich freue mich daher schon darauf, künftig an dieser Stelle in Nachfolge von Wim Schuth regelmäßig zu berichten. Zum Schluss bedanke ich mich ganz herzlich bei unseren Parteifreundinnen und Parteifreunden an der Basis, allen voran meinen Kandidaten-Kollegen, für ihren engagierten Einsatz!

Gesine Meißner ■

Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/Rudolf von Bennigsen-Stiftung im ersten Halbjahr 2009

Das Regionalbüro Hannover der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Rudolf von Bennigsen-Stiftung bietet im Jahr 2009 wieder zu den unterschiedlichsten Themenbereichen Seminare und Abendveranstaltungen an. Im ersten Halbjahr 2009 beschäftigt sich das Büro auf internationaler Ebene mit dem Nahen Osten. Am 18.09.2009 dürfen wir Sie zusammen mit der Internationalen Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in die Players Lounge von Hannover 96 herzlich einladen. Thematisiert wird der Konflikt im Nahen Osten. Als Referenten dürfen wir den Deputy Director General des Peres Center for Peace begrüßen der über den Nahost Friedensprozess und seine Arbeit berichten wird. Dabei wird auch ein Fußballprojekt für palästinensische und israelische Kinder vorgestellt, dass ein klassisches Projekt zur Völkerverständigung ist. Nach dem Seminar dürfen wir Sie noch zu einer exklusiven Führung durch die AWD Arena von Hannover 96 einla-

den. Auch mit dem Thema Naher Osten beschäftigt sich eine Veranstaltung, zu der wir am 04.06.09 Avi Primor, langjähriger Botschafter des Staates Israel in Deutschland, in der Liberalen Jüdischen Gemeinde begrüßen dürfen. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Liberalen Jüdischen Gemeinde und dem Verein Chaverim. Aber auch die unterschiedlichsten anderen Themengebiete werden abgedeckt. So werden wir am 29.08.2009 in Osnabrück einladen, ab 10.00 Uhr zusammen mit den unterschiedlichsten Referenten in der FABI zu frühstücken und über das Thema „Wissen-Toleranz-Zusammenhalt“ zu reden. Dazu dürfen wir schon als Hauptredner Dr. Philipp Rösler, Nds. Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stell. Ministerpräsident des Landes Niedersachsen begrüßen. Natürlich stellen wir uns auch dem historischen Rückblick nach 20 Jahren Mauerfall. Kritisch und kontrovers wie immer freuen wir uns auf die Diskussion mit den unterschiedlichsten Gästen. Am 08.09.09 dürfen wir in „der Hinterbühne“ in Hannover Peter

Pragal begrüßen, der lange Jahre als Westkorrespondent in Ost-Berlin gelebt und gearbeitet hat und seine Erfahrungen in einem Buch „Der geduldete Klassenfeind“ aufgeschrieben hat. Am 19.08.09 findet im Schloss Salder in Salzgitter eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Hubertus Knabe, Gedenkstättenleiter der Berliner Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen zum Thema „Die Wahrheit über die Linke“ statt, zu der wir Sie herzlich einladen möchten. Zum Schluss möchten wir noch eine Veranstaltung zum Thema „Kultur trifft Politik!“, die wir ganz in den nördlichen Wirkungskreis geschoben haben, aufs Freudigste ankündigen. Auf der Insel Norderney dürfen wir am 28.8.09 u.a. als Gast auf der Kulturdiskussionsreihe Heinz Rudolf Kunze begrüßen, der die Diskussionsrunde bereichern wird.

Mehr Informationen gibt es auf www.freiheit.org oder 0511-1699970. ■



Grundgesetz kein stabiler Faktor mehr?



Artikel 104 b des Grundgesetzes in der vorliegenden Form gültig bleibt. Zur Lösung beider Probleme muss jetzt wieder das Grundgesetz geändert werden. Anders als die Grundrechte in den er-

Große Probleme sind dem Bund aus der falschen Änderung des Grundgesetzes im Zusammenhang mit der jetzt verbotenen Aufgabenübertragung an Kommunen erwachsen. Die FDP-Bundestagsfraktion hatte dabei ja die Möglichkeit einer Aufgabenübertragung unter Beachtung des Konnexitätsprinzips gefordert. Das erste Problem, das sich durch das Verfassungsgericht aufgetan hat, ist das Verbot der ARGEs nach Hartz IV. Auch das Konjunkturpaket II kann nicht mehr wie gedacht durchgeführt werden, solange der

ersten 19 Artikeln sind die folgenden Artikel zwar variabel, aber eine Verfassung kann nach meiner Meinung nicht so beliebig mal in diese mal in die andere Richtung geändert werden, auch wenn 2/3 der Parlamentarier dahinter stehen. Man kann fast sicher sein, dass auch in Zukunft weitere Probleme auf die Kommunen zukommen werden, wenn es nicht zu festen Verabredungen zwischen dem Bund und den Ländern kommt. Nach denen könnten kommunalrelevante Aufgaben einschließlich der Finanzierung nach dem stärksten Landeskonnexitätsprinzip an die Länder gegeben werden, die diese dann vollständig an die Kommunen weitergeben müssen. **Prof. Dr. Herbert Hotje**
VLK-Landesvorsitzender
Niedersachsen ■



Liberaler Mittelstand Niedersachsen verleiht Ehrenmitgliedschaft an Walter Hirche



Foto v.l.n.r. Michael Koch, Friedhelm Pietschmann, Walter Hirche, Gabriela König, und Peter-Jürgen Rau.

Im Rahmen einer Feierstunde haben die Liberalen Stiftungen und der Liberale Mittelstand in Hannover den ehemaligen niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Walter Hirche, geehrt. In seiner Begrüßung hob der Vorstandsvorsitzende der RvB-Stiftung, Peter-Jürgen Rau, die Verdienste von Walter Hirche, der 1969 - 1972 Leiter des Büro der FNST in Hannover war, hervor.

In seinem Grußwort ging der Landesvorsitzende des Liberalen Mittelstandes, Friedhelm Pietschmann, auf die Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland und Niedersachsen ein. Der Mittelstand in Niedersachsen umfasst 99,6 % aller Betriebe, beschäftigt 71,5 % aller Mitarbeiter und stellt 78 % der Ausbildungsplätze. Die 310.846 Unternehmen haben zu 91 % bis zu neun Beschäftigte und zu weiteren 7 % bis 49 Beschäftigte. Friedhelm Pietschmann begrüßte hierbei besonders den Antrag der Bundestagsfraktion „Die Mitte stärken“ vom 16.03.2009. Hier heißt es u.a. „Mittelstand ist keine betriebswirtschaftliche Recheneinheit. Mittelstand ist eine Geisteshaltung. Mit Pioniersinn und Patriotismus, Mut und Verantwortungsgefühl hat der Mittelstand unser Land einst wieder aufgebaut und das deutsche Wirtschaftswunder möglich gemacht.“

Im Anschluss nahm der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Niedersächsischen Handwerkskammer, Michael Koch, die Anwesenden mit auf eine Zeitreise durch das Wirken von Walter Hirche in Niedersachsen und Brandenburg. Hierbei zeigte Michael Koch auf, dass das Wirken von Walter Hirche weit in die Zeit vor seiner Tätigkeit als Wirtschaftsminister zurückgeht. So hat sich Walter Hirche bereits 1974 - 1978 als Vorsitzender des Kulturausschusses des Niedersächsischen Landtages für die Finanzierung der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung stark gemacht. Michael Koch beschrieb das Handeln von Walter Hirche mit folgender Interviewüberschrift: „Mehr Flexibilität und weniger Bürokratie, mehr Innovation, Internationalisierung und bessere Infrastruktur in Niedersachsen.“ So hat er z.B. die AG Technologieförderer und Innovationsmittler und das Innovationsnetzwerk ins Leben gerufen und sich für die Internationalisierung des Handwerks und den Zusammenschluss „Norddeutsches Handwerk international“ unterstützt.

Darüber hinaus hat sich Walter Hirche für eine Sicherstellung der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen, z.B. durch die Bün-

delung der Förderprogramme in der NBank, eingesetzt.

Aber nicht nur der Wirtschaftspolitik galt sein Augenmerk, sondern auch seiner Funktion als Verkehrsminister. So hat er Infrastruktur- und Verkehrsprojekte wie den Jade-Weser-Port und die Autobahnen A22, A26 und A31 auf den Weg gebracht. Aber auch beim Widerstand gegen die Lkw-Maut oder die Erbschaftsteuerreform konnte der Mittelstand auf ihn zählen. Abschließend ging Michael Koch noch auf den Einsatz für die Selbstverwaltung des Handwerks ein, die er immer unterstützt hat, sowie auf positive Eigenschaften wie Offenheit, Sachorientiertheit, Verbindlichkeit und der Suche nach praktischen und vertretbaren Lösungen.

Bevor die mehr als 60 Gäste bei Gesprächen, Getränken und Snacks den Abend Revue passieren ließen, verliehen der ehemalige Landesvorsitzende, Knut Gerschau, und der amtierende Landesvorsitzende, Friedhelm Pietschmann, Walter Hirche die Ehrenmitgliedschaft im Liberalen Mittelstand, symbolisiert durch eine Skulptur „Zusammenhalt“ und eine Kiste Rotwein der Sonderedition des Lieblingsweins unseres 1. Bundespräsidenten, Theodor Heuss, die zu seinem 125. Geburtstag herausgegeben wurde. ■

Liberaler Mittelstand: Mittelstandspreis geht in die 4. Runde

Der Mittelstandspreis Lüneburg wird 2009 zum 3. Mal nach 2004 und 2005 vergeben. Der Wettbewerb, der sich an mittelständische Unternehmer aus dem IHK-Bezirk Lüneburg/Wolfsburg richtet, steht unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Philipp Rösler. Teilnehmen können inhabergeführte Unternehmen, die ihren Sitz im Kammerbezirk Lüneburg/Wolfsburg haben. Diese Unternehmen können auch von Mitarbeitern oder Geschäftspartnern vorgeschlagen werden. Der Gewinner des Mittelstandspreises 2004 war Bobby Dekeyser, mit der Dedon GmbH.

Der Preis 2005 ging an Ralph G. Matzen, MST-Schlauchtechnik Ltd. & Co. KG.

Der Mittelstandspreis ist nicht mit einer Geldprämie, sondern der Berichterstattung in der Lüneburger Landeszeitung und im regionalen Rundfunksender Radio Zusa verbunden.

Verliehen wird der Mittelstandspreis am 09. Oktober 2009 um 19.00 Uhr durch den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Philipp Rösler, im Seminaris-Hotel, Lüneburg.

Die Bewerbungen müssen bis zum 31.08.09 entweder per Post bei

Liberaler Mittelstand
Niedersachsen e.V.

Hohenzollernstraße 5
30161 Hannover

per Telefax: 05 11/1 67 67-369

oder online unter

www.dermittelstandspreis.de

eingegangen sein.

Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmer geben ihr Einverständnis, über die Unternehmen und Innovationen sowie die Teilnahme am Wettbewerb öffentlich zu berichten.

Der Gewinner wird von einer Jury gekürt, die aus dem Präsidenten der IHK Lüneburg/Wolfsburg, Eberhard Manzke, dem geschäftsführenden Gesellschafter der MST-Schlauchtechnik Ltd. & Co. KG, Ralph G. Matzen, dem Vorstandsvorsitzende der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung Hanno-

ver, Peter-Jürgen Rau, dem Chefredakteur der Landeszeitung Lüneburg, Christoph Steiner, und dem geschäftsführenden Gesellschafter der Seminaris Hotel- und Kongressstätten-Betriebs-GmbH, Günther Strube besteht.

Die Jury ermittelt das Gewinnerunternehmen, nach folgenden Bewertungskriterien:

- Innovation des Produktes, der Dienstleistung oder im Vertriebsweg
- Wirtschaftliche Bedeutung für die Region
- Schaffung, Sicherung von Arbeitsplätzen
- Nachhaltigkeit des unternehmerischen Handelns

Organisiert wird der Wettbewerb vom Liberalen Mittelstand Niedersachsen e.V., der die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen, von Handwerkern, Selbstständigen, Freiberuflern und Angestellten in Unternehmerfunktion in mittelständischen Unternehmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertritt. Er setzt sich für den Abbau von Bürokratie und staatliche Überregulierung sowie faire Wettbewerbschancen für den Mittelstand ein.



Nähere Informationen unter www.dermittelstandspreis.de oder beim Liberalen Mittelstand Niedersachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Friedo Terfort

Hohenzollernstrasse 5
30161 Hannover

Telefon: 0511/16767-3 68

Telefax: 0511/16767-3 69

Mobil: 01 72/4 42 51 80

terfort@liberaler-mittelstand.org
www.liberaler-mittelstand.org

Friedhelm Pietschmann
Landesvorsitzender des
Liberalen Mittelstandes
Niedersachsen e.V. ■

Liberales Senioren: Ältere Menschen fordern und fördern

In unserem Land gemeinsam mit allen Generationen eine offene, moderne Gesellschaft ohne Altersgrenzen zu schaffen, ist ein anspruchsvolles, hohes Ziel. Dieses Ziel haben sich die LIBERALEN SENIOREN zur Aufgabe gemacht. Dieses Ziel setzt allerdings Vieles voraus: ein faires Miteinander der Generationen und eine Teilhabe der Menschen jeder Altersstufe an



allen wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen und Prozessen. Auch verlangt es eine grundlegende Änderung des Verhältnisses von Jung und Alt, und hier vor allem, dass niemand wegen seines Alters bevorzugt oder benachteiligt wird. Von entscheidender Bedeutung ist dafür auch eine Neuordnung der Lebensläufe von Jung und Alt und darin vor allem eine bessere Abfolge und Verknüpfung von Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Weiterbildung und fachliche Qualifizierung. Eine Gesell-

schaft, wie die LIBERALEN SENIOREN sie sich vorstellen, kann nur eine Gesellschaft des eigenverantwortlichen Handelns und des lebenslangen Lernens sein.

Die Potenziale älterer Menschen stärker zu nutzen und vor allem ihre umfassenden Erfahrungen und die Fülle ihres Wissens für die gesellschaftliche, aber auch für die wirtschaftliche Weiterentwicklung und Innovation einzusetzen, wird für unsere Gesellschaft immer wichtiger. Dafür ist zunächst einmal ein neues Bild vom Alter zu entwickeln, das wegführt von der gesellschaftlichen Abwertung älterer Menschen, von der Vorstellung,

das Alter sei eine Zeit des Verlustes und wachsender Risiken, eine Phase von Defiziten und Schwäche. Die in den letzten Jahrzehnten dank der im Alter hinzugewonnenen Jahre bewusst und selbstbestimmt zu gestalten, neue Facetten des Lebens kennen zu lernen, dafür die eigenen Potenziale zu entdecken und auch auf Jüngere zuzugehen, schafft mehr Selbstwertgefühl, mehr Selbstständigkeit und schließlich mehr Respekt. Die bei Älteren wegen ihrer höheren Lebenserwartung zu

beobachtende größere, längere Leistungsfähigkeit und die damit gewachsene Kompetenz erlauben den Älteren eine höhere Teilhabe in allen Lebenslagen, geben ihnen aber auch eine größere Mitverantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung auf.

Die Wege dazu müssen die älteren Menschen allerdings schon selbst suchen und dann auch beschreiten. Die im Alter hinzugewonnenen Jahre aktiv und nach eigenen Vorstellungen auszufüllen, neue Möglichkeiten zu leben und zu entwickeln sowie eigene Potenziale zu entfalten, Verantwortung zu übernehmen, aktiv das gesellschaftliche Leben mitzugestalten, ist vorrangig Aufgabe und Chance der älteren Menschen selbst. Sie müssen sich als produktiver und unverzichtbarer Teil ihres persönlichen Umfeldes wie der sie umgebenden Gesellschaft begreifen. Die Gesellschaft kann sie dabei vielleicht unterstützen, sie kann Anregungen und Hinweise geben, aber diesen Weg zu begehen, die eigenen Talente und Ressourcen zur Selbstverwirklichung und vielleicht zu neuem Lebensglück zu nutzen, ist schon ihre ureigene Angelegenheit. Dies muss nicht wenigen von ihnen noch deutlich gesagt und bewusst gemacht werden.

Unser Land hat derzeit europaweit die niedrigste Beschäftigungsquote bei den über 55-Jährigen und verzichtet damit in unverantwortlicher Weise auf in den Älteren liegendes

bedeutendes Entwicklungs- und Erwerbspotential. Um dieses Potential zu erschließen und etwa die schon heute beklagten Lücken bei Fachkräften und Spezialisten aufzufüllen, ist unbedingt die Beschäftigungsquote der Älteren zu erhöhen. Dazu sind die geltenden Regeln und Praktiken über Arbeitszeit, Weiterbildung, Qualifizierung, Ruhestand zu flexibilisieren und den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Älteren anzupassen. Sich in seinem Berufsfeld laufend weiterzubilden, sich verwandten oder ganz neuen Erwerbstätigkeiten zuzuwenden, sich dafür zu qualifizieren oder völlig neu auszubilden, muss selbstverständliche Einstellung von immer mehr Menschen bis ins hohe Alter werden. Dies muss aber auch die Praxis aller Wirtschaftsunternehmen, der staatlichen Verwaltungen und entsprechender Organisationen bestimmen. Berufstätigkeit, Weiterbildung und berufliche Qualifizierung werden sich künftig öfter abwechseln und damit das früher einmal übliche Berufsleben grundlegend verändern. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen und durchzusetzen, wird noch ein hartes Stück Arbeit bedeuten. Um hier zu Erfolgen zu kommen,



suchen die LIBERALEN SENIOREN in Niedersachsen weitere Mitstreiter.

- Kreisverband Region Hannover
Vorsitzender
Gerd-Dietrich Tiefensee
Hannover, Laher Kirchweg 60
- Kreisverband Leer
Vorsitzender Dieter Nagel
Hesel, Am Timmerberge 36
- Kreisverband Nörthheim-Dassel
Vorsitzender Joachim Kuhle
Dassel, Herrenhof 2
- KV Region Braunschweig
Vorsitzender Hans-Peter Roppel
Schöningen, Marienstr. 10
- Kreisverband Region Oldenburg
Vorsitzende Gaby Ender
Oldenburg, Ofenerdieker Str. 70
- Landesverband Niedersachsen
Hannover,
Walter-Giesekeingstr. 22.

Gerd-Dietrich Tiefensee
Landesvorsitzender der
Liberalen Senioren



Junge Liberale: Mit einer nachhaltigen Energiepolitik die Zukunft gestalten

Die Liberalen stehen für eine Energiepolitik, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert und nicht von parteipolitischen Ideologien geprägt ist. Die Jungen Liberalen Niedersachsen haben auf ihrem 57. Landeskongress in Göttingen einen umfangreichen und vor allem zukunftsorientierten Antrag zur Gestaltung einer liberalen Energiepolitik beschlossen. Darin wird

vor allem deutlich, dass liberale Lösungen zum Thema Umweltschutz und Ressourceneinsatz nachhaltig gestaltet werden können und die beiden Bereiche Ökonomie und Ökologie miteinander vereinbar sind. Gerade im Bereich zukunftsorientierter Energietechnologien kann Deutschland im internationalen Vergleich punkten und gilt daher seit Jahren als ein Vorreiter in diesem Bereich. Dieses „Knowhow“ muss nach Ansicht der Julis Niedersachsen auch weiterhin genutzt und vor allem gefördert werden. Das Zusammenspiel zwischen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglich-

keit stehen im Mittelpunkt jeglicher liberalen Energiepolitik. Kein Energieträger darf dabei aus rein politischen Gründen, wie dies in anderen Parteien der Fall ist, bevorzugt oder benachteiligt werden. Es muss unabhängig entschieden werden, welche Energiequelle die Anforderungen am besten erfüllen kann. Dies gilt sowohl für die Energiequelle selbst, als auch für die Nutzungsweise bzw. der höchstmöglichen Auslastung. Dies ist der Vorteil der Liberalen. Sie lassen sich nicht von parteipolitischen Ideologien leiten, wie dies zum Beispiel bei den Grünen der Fall ist, sondern orientieren ihre

Energiepolitik an den Bedürfnissen der Menschen in diesem Land. Diese Tatsache muss allerdings in den kommenden Wochen und Monaten noch viel deutlicher herausgestellt werden. Viel zu oft - und vor allem zu unrecht - wird den Liberalen der Vorwurf gemacht, ihre Energiepolitik sei ausschließlich an wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Diese Vorurteile gilt es abzubauen. Gleichzeitig muss den Menschen in Deutschland gezeigt werden, dass eine liberale Energiepolitik sowohl die Umwelt schützt, als auch den Menschen dauerhaft mit Energie versorgt.

Verony Reichelt



Karrierechancen so aussichtsreich wie nie zuvor

Wissenschaftspreis mit 10.000 Euro dotiert

Die Landesvereinigung der Liberalen Frauen Niedersachsens engagieren sich auf einer hochkarätigen Veranstaltung in Oldenburg. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Oldenburg - Stadt der Wissenschaft“ am 30. Oktober 2009 in der Universität Oldenburg statt.

So viele hochkarätige Frauen-Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Funk und Fernsehen sind selten an einem Ort in der Universität Oldenburg anzutreffen. Die Frauen sind unterschiedlich aufgewachsen, haben unterschiedliche Interessen verfolgt, aber haben eines gemeinsam: Das ist der Erfolg. Wie sie es geschafft haben, auf dem geraden und vielleicht auch auf einem holperigen, mühseligen Weg an das Ziel zu gelangen, werden Sie am Fr., 30.10.09 um 18 Uhr hautnah erfahren. In einer sehr anschaulichen Art

und Weise erleben Sie als Zuhörer, in einer ausgezeichnet moderierten Talkrunde durch Dr. Susanne Holst mit Visualisierungsshow, Geschichten und Erfahrungswerte hautnah.

„Themen wie Frauen in Forschung und Wissenschaft, Frauen als Professorin, Vereinbarkeit von Familien und Beruf dürfen nicht fehlen. Denn die Möglichkeiten für Frauen, sich in der Wissenschaft zu etablieren, steigen stetig. Dennoch besteht immer noch Handlungsbedarf, Frauen insbesondere mit Förderprogrammen seitens der Universitäten und des Landes Niedersachsen in Ihrer Karriere in universitären Einrichtungen zu unterstützen“, so Agneta Achterberg, Vorsitzende der Liberalen Frauen Niedersachsens. „Deshalb engagieren wir uns hier besonders als Partner“, so Achterberg weiter. Ein ganz besonderes Highlight ist die Übergabe des Wissenschaftspreises an Frauen. Dieser hochkarätige Preis wird erstmalig an diesem Abend verliehen und ist mit 10.000 Euro dotiert.

Die Wanderausstellung „Oldenburg

ger Wissenschaftlerinnen im Wandel der Zeit“, die ebenfalls an diesem Abend eröffnet wird, widmet sich den Vorreiterinnen heutiger weiblicher Karrieren. Lebenswege bereits verstorbener Oldenburger Wissenschaftlerinnen werden nachgezeichnet und ihre besonderen Leistungen als Pionierinnen in Forschung und Hochschullehre gewürdigt.

Mit einer After-Talk-Party, einem erstklassigem Flyingmenü und einem fetzigen Frauen-Popgospelchor endet die Veranstaltung um ca. 22.30 Uhr. Die Universität Oldenburg als Veranstalter beauftragt die Osnabrücker Unternehmerin Birgit Kemphues, Event & Media.de mit der Idee und Durchführung dieser Veranstaltung. Weitere Informationen zu den Ausschreibungen und zum Ablauf der Veranstaltung finden Sie unter

www.liberales-frauen-nds.de (Link) sowie unter

www.FrauenKarriereWissenschaft.de.

Agneta Achterberg,
Vorsitzende der Liberalen
Frauen Niedersachsen



Neues aus den Regionalverbänden:

Vorstandswahlen FDP Grafschaft Bentheim

Am 29.04.2009 hat der Kreisverband Grafschaft Bentheim an seinem Parteitag einen neuen Vorstand gewählt. Der langjährige Vorsitzende Heinrich Wübels trat nach über 12-jähriger Leitung nicht mehr an und wurde durch den 44-jährigen Thomas Brüninghoff aus Nordhorn ersetzt. Wahlleiter war MdB Carl-Ludwig Thiele.

Mehr dazu unter:
www.fdp-grafschaft-bentheim.de



Bundesparteitag: Kleine Oase inmitten der großen Politik

Während draußen in der Messehalle die Großen Politik machten, waren drinnen in der Stilllounge die ganz Kleinen mit ihren Müttern zu Gast. Zum ersten Mal gab es auf einem Bundesparteitag neben der Kinderbetreuung auch einen solchen Raum zum Stillen. Den hatte die Firma MAM Babyartikel gesponsert. Susanne Brennecke vom Marketing der Firma aus Scheeßel und Kerstin Pirkel, die als Hebamme die Stilllounge betreute und den Müttern auch noch viele Fragen beantworten konnte, freuten sich, dass die Einrichtung so gut genutzt wurde: „Es ist doch schön, wenn wir den Müttern auf diese Weise die Möglichkeit geben, sich kurz vom Parteitag zurückziehen und ihre Babys in aller

Ruhe und gemüthlicher Atmosphäre zu stillen.“ Philipp Rösler, Vorsitzender der FDP Niedersachsen, kam auch persönlich vorbei, um sich bei den Frauen für das Angebot zu be-

danken: „Die FDP will nicht nur über Familienfreundlichkeit reden, sondern sie auch ganz praktisch umsetzen.“



Impressum

Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen
Walter-Gieseking-Str. 22
30159 Hannover
V.i.S.d.P.: Dr. Oliver Liersch
Eine aktuelle Anzeigenpreisliste
schicken wir Ihnen gerne zu.
Telefon: 0511 - 280 71-0
Telefax: 0511 - 280 71-25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de
Auflage: 6.800 Exemplare

Layout und Satz:
a.b.media gmbh, Kathrein Bönsch
Hastenbecker Weg 1, 31785 Hameln
www.abmedia-online.de

Druck: Unger und Pauselius, Hameln

Fotos: Bildarchive (9 Stück)
FDP Landesverband Nds. (15 Stück)

Bildnachweis
Seite 1: © Andrzej - Fotolia
Seite 3: © simonkr - Fotolia
© Niceshot - Fotolia
Seite 4: © James Thew - Fotolia
© Argus - Fotolia
Seite 5: © Helmut Niklas - Fotolia
© Superstars_for_You - Fotolia
Seite 7: © nyul - Fotolia
© NJ - Fotolia
Seite 8: Fotorechte: EventundMedia.de